

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 47
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Aufenthaltstitel erteilen / verlängern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ)		
<input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Entkoppeln der Gültigkeitsdauer des Aufenthaltstitels von der Laufzeit des Nationalpasses		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Derzeit dürfen befristete Aufenthaltserlaubnisse in vielen Fällen nur bis maximal zum Ablauf des Nationalpasses erteilt werden. Darüber hinaus muss auf dem Kartenkörper des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) die Passnummer eingetragen werden. Jeder Wechsel des Nationalpasses erfordert daher eine neue Vorsprache und die Beantragung eines elektronischen Aufenthaltstitels (eAT), selbst wenn die bzw. der Betroffene bereits ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt (sog. „Übertrag“ der Niederlassungserlaubnis).</p> <p>Die Ausländerbehörde München regt die gesetzliche Änderung an, auf den Aufdruck von Passdaten auf dem eAT-Kartenkörper zu verzichten. Zudem soll es ermöglicht werden, die Gültigkeitsdauer von befristeten Aufenthaltserlaubnissen über die Gültigkeit des Nationalpasses hinaus zu erteilen. Die Nutzung der Online-Ausweisfunktion wäre davon unberührt.</p> <p>Viele europäische Nachbarstaaten verzichten bereits auf den Eintrag der Passnummer.</p> <p>Jährlich sind etwa 16.000 Vorsprachen bei der Ausländerbehörde München zum Zweck des Übertrags des Aufenthaltstitels aufgrund eines Passwechsels erforderlich. Diese Vorsprachen könnten entfallen.</p> <p>Die Ausländerbehörde München hat bereits mit hohem Engagement einen Vorschlag auf eine Rechtsänderung von § 78 Abs. 1 Satz 1 Nr. 10 und 11 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) beim Städtetag, dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und dem Bundesministerium des Innern angebracht.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Zur Umsetzung der Maßnahme bedarf es der Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Gesetzesinitiative).

Wie vorstehend beschrieben, wurde der Vorschlag auf eine Rechtsänderung bereits beim Bayerischen Städtetag, dem Bayerischen Staatsministerium des Innern und dem Bundesministerium des Innern angebracht.

Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 48
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Aufenthaltstitel erteilen / verlängern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Erweitern der Ausnahmefälle zur Erteilung von Aufenthaltstiteln auf Etikett anstelle der Ausstellung eines elektronischen Aufenthaltstitels (eAT)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (eAT) im Jahr 2011 hat die Bearbeitungszeit jedes Einzelfalls enorm erhöht. Zum einen dauert der technische Bestellvorgang erheblich länger, zum anderen ist eine zweite Vorsprache zur Abholung des eATs erforderlich. Statt der Bestellung eines eATs wäre in vielen Fällen die Produktion eines Etiketts sachdienlicher. Eine Aufenthaltserlaubnis auf Etikett darf aber nur in eng beschriebenen Ausnahmefällen erteilt werden (§ 78a AufenthG: Verlängerung bis zu einem Monat oder bei außergewöhnlicher Härte). Die Ausländerbehörde München hält in weiteren Fällen (z. B. Studienaufenthalte, Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsplatzsuche, Aufenthaltserlaubnisse bis zu einem Jahr) eine Ausnahmeregelung nach § 78a des AufenthG für angemessen und wünschenswert. Hierzu ist die Initiierung einer Gesetzesänderung erforderlich.</p> <p>Würde der Anwendungsbereich des § 78a AufenthG dahingehend erweitert, dass alle Aufenthaltserlaubnisse zum Zwecke der Arbeitsplatzsuche für Studienabsolventen sowie alle anderen Aufenthaltserlaubnisse für einen nur vorübergehenden Aufenthalt bis maximal 12 Monate (Au Pair, Krankenbehandlungen etc.) als Etikett erteilt werden könnten, würde dies jährlich ca. 8.000 Fälle betreffen. Der Bearbeitungsaufwand würde sich pro Fall auf die Erstellung des Etiketts reduzieren, darüber hinaus würde die erforderliche Vorsprache zur Abholung des eAT entfallen.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Für die Umsetzung der Maßnahme bedarf es einer Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Gesetzesinitiative).

Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 49
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
55370000 Verkehrsmanagement	Verkehrsanordnungen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Verkehr anordnen (Genehmigen von temporären Haltverboten)		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ)		
<input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bereitstellen eines Online-Dienstes zur Beantragung von temporären Haltverboten („Haltverbot-Online“)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen bekommen die Möglichkeit, direkt über das Internet zeitlich und örtlich beschränkte Haltverbote zu beantragen. Durch das Online-Angebot wird in einer Vielzahl der Fälle eine Vorsprache bzw. ein schriftlicher Antrag entbehrlich.</p> <p>Die Antragsdaten müssen nicht mehr durch die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter erfasst und der Bescheid kann in einem automatisiertem Verfahren erstellt werden.</p> <p>Da zur Nutzung des Online-Dienstes die Eingabe aller erforderlichen Informationen bzw. aller erforderlichen Unterlagen notwendig ist, entfallen zahlreiche Rückfragen.</p> <p>Wenngleich nach wie vor für jeden Antrag eine formelle und materielle Prüfung erfolgt, reduziert sich der Aufwand für die Sachbearbeitung erheblich.</p> <p>Ziel ist es, nach Effektiveinsatz mittelfristig mindestens 8.000 von jährlich rund 10.000 Anträgen über „Haltverbot Online“ abzuwickeln.</p> <p>Voraussetzung für die Nutzung des Online-Dienstes ist ein Bürgerkonto im Online-Service-Portal.</p> <p>„Haltverbot Online“ ist ein Online-Service im Rahmen des stadtweiten E- und Open-Governmentprojektes, der es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, bequem von zu Hause oder von unterwegs aus den Service der Stadt rund um die Uhr zu nutzen.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <ul style="list-style-type: none"><input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich<input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs<input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich)<input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Das Online-Angebot wird im Rahmen von E-Government in einem stadtweiten Projekt erarbeitet und entwickelt.

Die erforderlichen Ressourcen sind bereit gestellt.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 50
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5537000 Verkehrsmanagement	Verkehrsanordnungen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Verkehr anordnen (Ausnahmegenehmigungen Personenbeförderung auf Fahrrädern Rikschas)		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Verlängern der Gültigkeitsdauer von Ausnahmegenehmigungen zur Personenbeförderung auf Fahrradtaxen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Ausnahmegenehmigungen zur Personenbeförderung können nach der Straßenverkehrsordnung bis zu 3 Jahre gültig sein. Hiervon soll künftig im Einzelfall, z.B. bei Ausnahmegenehmigungen für Fahrradrikschas, Gebrauch gemacht werden.</p> <p>Durch die Verlängerung des Genehmigungsturnus von ein auf drei Jahre könnten sich, bezogen auf den jeweiligen Adressatenkreis, langfristig die Fallzahlen um bis zu ein Drittel reduzieren. Jährlich werden bis zu 400 Ausnahmegenehmigungen für das Befördern von Personen auf Fahrrädern erteilt. Diese benötigen vor allem die größtenteils gewerblich agierenden Rikscha-Fahrer. Die meisten Anträge werden jeweils im Frühjahr und kurz vor dem Oktoberfest gestellt. Sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch für die Kundinnen und Kunden verringert sich der Aufwand durch eine dreijährige Geltungsdauer der Ausnahmegenehmigung.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 51
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5531000 Fahrerlaubnis	Ausstellung von Führerscheinen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Internationalen Führerscheinen ausstellen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Verlängern der Gültigkeitsdauer des Internationalen Führerscheins		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Der Internationale Führerschein besitzt eine maximale Gültigkeit von drei Jahren und muss nach Ablauf jeweils neu beantragt werden. Mit dieser Maßnahme wird vorgeschlagen, die Gültigkeitsdauer eines internationalen Führerscheins von drei auf fünf Jahre zu verlängern. Durch die Verlängerung des Genehmigungsturnus würden sich langfristig die Vorsprachen bzw. Antragszahlen um bis zu 40 % reduzieren. Pro Jahr werden rund 13.000 Internationale Führerscheine ausgestellt.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		
<p>Für eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer bedarf es einer Anpassung der Fahrerlaubnis-Verordnung (Gesetzesinitiative).</p> <p>Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich.</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 52
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5531000 Fahrerlaubnis	Ausstellung von Führerscheinen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fahrerlaubnis erstmals erteilen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bestellen Kartenführerschein nach bestandener Fahrerlaubnisprüfung, Zusenden des Kartenführerscheins an die Wohnanschrift		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Derzeit werden Kartenführerscheine bereits vor erfolgter Fahrerlaubnisprüfung bei der Bundesdruckerei bestellt. Nach bestandener Prüfung wird der Führerschein von der Prüferin bzw. dem Prüfer ausgehändigt.</p> <p>Gemäß dem Vorschlag soll die Bestellung des Kartenführerscheins erst nach bestandener Fahrerlaubnisprüfung erfolgen. Nach erfolgter Eignungsüberprüfung mit dem erforderlichen Prüfauftrag wird nicht generell der Kartenführerschein an die Technische Prüfstelle übermittelt, sondern eine sogenannte befristete Prüfbescheinigung. Mit dieser wird die Fahrerlaubnis nach bestandener praktischer Fahrerlaubnisprüfung erteilt; die/der Betroffene kann damit unmittelbar ein fahrerlaubnispflichtiges Fahrzeug im Bundesgebiet führen.</p> <p>Nach Rückmeldung des positiven Prüfungsergebnisses durch die Technischen Prüfstelle wird der Kartenführerschein bei der Bundesdruckerei bestellt.</p> <p>Der Aufwand des Bestellvorgangs würde sich damit auf die Vorgänge beschränken, in denen die theoretische wie praktische Fahrerlaubnisprüfung auch tatsächlich bestanden wird.</p> <p>Verfahrenseinstellungen bei nicht erfolgten oder abgebrochenen Fahrerlaubnisprüfungen würden sich erübrigen. Der Kartenführerschein könnte von der Bundesdruckerei direkt an die Antragstellerin bzw. den Antragsteller versendet werden.</p> <p>Die Maßnahme wirkt sich auf bis zu 16.000 Vorgänge pro Jahr aus.</p> <p>Ein weitere Reduzierung des Verwaltungsaufwands würde durch den Wegfall des Datenabgleichs I mit dem Zentralen Fahrerlaubnisregister eintreten.</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

erwartete / erreichte Vorteile:

- Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich
- Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs
- Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich)
- Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Für die Umsetzung der Maßnahme ist eine Abstimmung mit der Obersten Landesbehörde und den Technischen Prüfstellen sowie die Änderung der Fahrerlaubnisverordnung erforderlich.

Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 53
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5531000 Fahrerlaubnis	Ausstellung von Führerscheinen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fahrerlaubnis erstmals erteilen, Fahrerlaubnis erweitern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ)		
<input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bereitstellen eines Online-Angebots zur Beantragung einer Fahrerlaubnis (Ersterteilung und Erweiterung)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Derzeit werden die Anträge auf Ersterteilung und Erweiterung einer Fahrerlaubnis im Rahmen einer persönlichen Vorsprache gestellt. Da sich die Vorsprachen überwiegend auf die Nachmittags-Öffnungszeiten konzentrieren, kommt es zu diesen Zeiten regelmäßig zu Arbeitsspitzen. Mit dem Angebot einer Online-Beantragung der Fahrerlaubnis würde ein Großteil der jährlich rund 16.000 persönlichen Vorsprachen entbehrlich werden, die Daten der Antragstellerinnen und Antragsteller müssten zudem nicht mehr durch die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter erfasst werden.</p> <p>Für die Antragstellerinnen und Antragsteller würde die Maßnahme ebenfalls eine wesentliche Erleichterung mit sich bringen.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <ul style="list-style-type: none"><input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich<input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs<input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich)<input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		
Die rechtlichen Rahmenbedingungen müssten geschaffen werden, so unter anderem für die Identitätsprüfung (digitale Signatur).		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Zu prüfen wäre in diesem Zusammenhang auch, ob mit Einverständnis der Antragstellerinnen und Antragstellen im Verfahren zur Ausstellung elektronischer Personalausweise und Pässe vorhandene Unterschriften bzw. Passbilder unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften verwendet werden können.

Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 54
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5531000 Fahrerlaubnis	Ausstellung von Führerscheinen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fahrerlaubnis erstmals erteilen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Antragstellung auf Erteilung einer Fahrerlaubnis durch Fahrschulen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Derzeit werden die Anträge zur Ersterteilung einer Fahrerlaubnis im Rahmen einer persönlichen Vorsprache gestellt. Da sich die Vorsprachen überwiegend auf die Nachmittags-Öffnungszeiten konzentrieren, kommt es zu diesen Zeiten regelmäßig zu Arbeitsspitzen.</p> <p>Es ist geplant, Fahrschulen bei der erstmaligen Erteilung von Fahrerlaubnissen (ca. 13.000 Vorgänge pro Jahr) in die Antragsstellung einzubinden. Somit wäre die persönliche Vorsprache der Antragstellerinnen und Antragsteller grundsätzlich nicht mehr notwendig.</p> <p>Die Anzahl der Vorsprachen würde sich dadurch erheblich verringern, das Arbeitsaufkommen würde sich insgesamt entzerren und sich besser verteilen lassen.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		
Änderung der Verwaltungspraxis; Einholung der Zustimmung der Fahrlehrerschaft (z.B. Landesverband Bayerischer Fahrlehrer).		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 55
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5538000 Verkehrsüberwachung	Erteilung von Parkausweisen/Parkerleichterungen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Parkausweise verwalten (Verlängerung Parkausweise/Ausnahmegenehmigungen)		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Verlängern der Gültigkeitsdauer von Parkausweisen und Ausnahmegenehmigungen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Die Gültigkeitsdauer von Bewohnerparkausweisen bzw. Ausnahmegenehmigungen für Gewerbliche Anlieger, Handwerker, Handelsvertreter und soziale Dienste beträgt aktuell ein Jahr bzw. bis zu einem Jahr. Mit dem Angebot der Verlängerung der Gültigkeitsdauer auf (bis zu) zwei Jahre könnte sich die Anzahl der Vorsprachen bzw. die schriftlich gestellten Anträge auf Verlängerung mittelfristig um bis zu 50 % reduzieren.</p> <p><u>Bewohnerparkausweise:</u> Pro Jahr werden rund 65.000 von möglichen 85.500 Bewohnerparkausweisen bereits im automatisierten Verfahren verlängert. Die Anzahl der Verlängerungen, die im Parteiverkehr bzw. auf schriftlichen Wege ohne Inanspruchnahme des automatisierten Verfahren beantragt werden, beläuft sich auf geschätzte 10.000 Vorgänge pro Jahr. Es wird davon ausgegangen, dass das Angebot der Verlängerung auf zwei Jahre in bis zu 50 % dieser Fälle angenommen wird.</p> <p><u>Ausnahmegenehmigungen gewerbliche Anlieger:</u> Im Jahr 2013 wurden rund 14.000 Ausnahmegenehmigungen für gewerbliche Anlieger ausgegeben. Bei einer maximalen Annahme der Ausweitung der Geltungsdauer würden sich die Anzahl der Vorsprachen bzw. die schriftliche Anträge mittelfristig um bis zu 50% reduzieren. Es ist davon auszugehen, dass die „gewerblichen Anlieger“ das Angebot zu ca. 50 % gerne annehmen werden. Insbesondere alteingesessene Betriebe, bei denen sich in aller Regel keine Änderungen hinsichtlich der Antragsvoraussetzungen ergeben, werden das Angebot begrüßen. Die Planungssicherheit bei den Betrieben würde zunehmen. Des Weiteren sollte eine Möglichkeit geschaffen werden, die Ausweisart „gewerbliche Anlieger“ grundsätzlich auch einer automatisierten Verlängerung zu zuführen.</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Ausnahmegenehmigungen für Handwerker, Handelsvertreter und soziale Dienste:

Die Gültigkeitsdauer der Ausnahmegenehmigungen für Handwerker, Handelsvertreter und soziale Dienste beträgt aktuell bis zu einem Jahr.

Jährlich werden rund 14.000 dieser Ausnahmegenehmigungen ausgegeben.

Mit dem Angebot der Verlängerung der Gültigkeitsdauer auf zwei Jahre könnte sich die Anzahl der Vorsprachen bzw. die schriftlich gestellten Anträge auf Verlängerung mittelfristig um bis zu 50 % reduzieren. Das Angebot der Gültigkeitsdauer von zwei Jahren erscheint gerade im Bereich der „Handwerkerausweise“ sehr attraktiv, da das Antragsverfahren einen vergleichsweise hohen Aufwand für die Handwerksbetriebe bedeutet (ausführlichere Begründung bzw. Beibringung von Unterlagen).

Neben einer Reduzierung der Vorsprachen bzw. der Anzahl der Anträge verringert sich der Verwaltungsaufwand bei der Recherche bei Fehlzahlungen, unzustellbaren Schreiben sowie allgemeinen Rückfragen.

erwartete / erreichte Vorteile:

- Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich
- Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs
- Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich)
- Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Die aktuell im IT-Bereich bekannten Anforderungen können im Rahmen eines Kontingentes mit it@M abgewickelt werden.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 4:		Nr. 56
Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5513000 Sozialversicherungsangelegenheiten	Anträge für Sozialversicherung nach SGB VI Auskünfte zur Sozialversicherung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Auskünfte zu Sozialversicherungsangelegenheiten geben Anträge zu Rentenversicherungen aufnehmen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bereitstellen eines Online-Kalender zur Terminvereinbarung		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Für das Versicherungsamt wird die Einführung eines „Online-Terminkalenders“ geprüft. Im Unterschied zur Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde oder dem Bürgerbüro ist es im Versicherungsamt nicht zwingend notwendig, die Terminvereinbarung mit einer Erneuerung der Aufrufanlage zu verknüpfen.</p> <p>Mit Hilfe eines „Online-Terminkalenders“ können die Versicherten im Internet Termine für ihr Anliegen (wie zum Beispiel das Beantragen ihres Rentenanspruchs oder Antrags auf eine Rehabilitationsmaßnahme, für eine sogenannte Kontenklärung) von zu Hause aus verbindlich buchen.</p> <p>Im Rahmen dessen können die Bürgerinnen und Bürger auch auf die für ihr Anliegen notwendigerweise vorzulegenden Unterlagen (wie zum Beispiel Lehrvertrag, Renteninformation/-auskunft, Geburts-/ Sterbe-/Heiratsurkunde, Krankenkassenkarte, Personalausweis/Reisepass etc.) explizit hingewiesen werden.</p> <p>Die persönlichen Vorsprachen lassen sich so noch effizienter gestalten. Längere Wartezeiten, aber auch mehrfache Vorsprachen können dadurch vermieden werden.</p> <p>Die Optimierungsmaßnahme wirkt sich schätzungsweise auf bis zu 5.000 Kundinnen und Kunden des Versicherungsamtes aus.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle <input type="checkbox"/> Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Die Maßnahme erfordert die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich. Die Anforderungen werden noch erhoben.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 4:		Nr. 57
Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5511000 Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten	Erstellen waffenrechtlicher Bescheide	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Erteilen von jagdrechtlichen Erlaubnissen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Anpassen der Befristungszeiträume bei der Erteilung von Jagdscheinen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Gemäß § 15 Abs. 2 Bundesjagdgesetz sind Jagdscheine für ein oder drei Jahre gültig. Die Befristung stellt dabei auf das jeweilige Jagdjahr ab, das jeweils zum 01.04. beginnt und am 31.03. des Folgejahres endet.</p> <p>Dies hat zur Folge, dass alle auslaufenden Jagdscheine konzentriert in den Monaten März und April verlängert bzw. neu beantragt werden. Dadurch kommt es in diesen Zeiträumen zu einem sehr starken Andrang von Jagdscheininhaberinnen und -inhabern bzw. zu einer massierten schriftlichen Antragstellung.</p> <p>Bei einer Befristung losgelöst vom Jagdjahr und stattdessen von einem oder drei Jahre nach tatsächlicher Ausstellung des Jagdscheines würde sich das Besucher- und Antragsaufkommen gleichmäßig über das Jahr verteilen und so insgesamt für bessere Arbeitsbedingungen sorgen.</p> <p>Hierfür ist jedoch eine Änderung der Rechtsgrundlage erforderlich.</p> <p>Die Optimierungsmaßnahme würde sich auf ca. 1.200 bis 1.300 Kunden/-innen der Jagdbehörde pro Jahr auswirken.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle <input type="checkbox"/> Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Für die Umsetzung der Maßnahme bedarf es einer Anpassung der Bundesjagdgesetzes (Gesetzesinitiative).

Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich. Die Anforderungen werden noch erhoben.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 4:		Nr. 58
Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen Paßregister Leistungen Melderegister	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Einwohner registrieren und wohnungsbezogene Meldedaten verwalten Ausweisdokumente beantragen und verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Optimieren/Erweitern der Aufrufanlage des Bürgerbüros Ruppertstraße		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Mit einer modernen Aufrufanlage könnte das hohe Parteiverkehrsaufkommen im Bürgerbüro Ruppertstraße auch sachgebietsübergreifend (9 Wartezonen) gesteuert und auf diesem Wege für eine gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle gesorgt werden. Die vorhandene Aufrufanlage des Bürgerbüros Ruppertstraße erfüllt diese Anforderungen nicht. Eine Steuerung des Kundenstroms ist derzeit nur manuell und unter hohem Aufwand möglich. Durch eine automatische Kundenverteilung anhand bestimmbarer und festgelegter Parameter (z.B. Anzahl Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter im Verhältnis zu Kundinnen/Kunden) könnte eine gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststellen erfolgen und zudem eine möglichst einheitliche Wartezeit für alle Kundinnen und Kunden bewerkstelligt werden. Die derzeitige Aufrufanlage verfügt außerdem über keine statistischen Funktionen wie z. B. eine Auswertungsmöglichkeit der aktuellen Wartezeit. Durch diese Funktionalität könnte für die Kundinnen/Kunden eine Information über die aktuelle Wartezeit im Bürgerbüro und in den Außenstellen über das Internet bereitgestellt werden. Eine entsprechende Aufrufanlage ist auch eine zwingende Voraussetzung, um ggf. eine Online-Terminvereinbarung anbieten zu können.</p> <p>Zwar wurde im Jahr 2011 ein Projekt zur Installation einheitlicher Aufrufanlagen im Kreisverwaltungsreferat gestartet. Dieses Projekt kann aktuell jedoch nicht fortgesetzt werden, da alle in Frage kommenden Personalressourcen im IT-Bereich mit fremd- oder vorbestimmten Maßnahmen belegt sind. Lediglich die Aufrufanlage im Bereich der Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde wird im Zuge des Vorhabens „Terminvereinbarung“ (→ Maßnahme Nr. 61) erneuert.</p> <p>Es ist geplant, das Projekt zur Installation neuer Aufrufanlage bei einer Änderung der Rahmenbedingungen fortzusetzen.</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Eine Optimierung der Aufrufanlage des Bürgerbüros Ruppertstraße würde sich auf jährlich etwa 360.000 Kundinnen und Kunden auswirken.

erwartete / erreichte Vorteile:

- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Die Maßnahme erfordert die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich. Bei der Erhebung der Anforderungen sind auch die Anforderungen bzgl. Terminvereinbarung zu berücksichtigen.

Vor Umsetzung der Maßnahme sind die Kosten zu erheben und die Sachmittel bereit zu stellen.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 4:		Nr. 59
Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5537000 Verkehrsmanagement	Verkehrsanordnungen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Verkehr anordnen (Bearbeiten von Anträgen auf Sondernutzungen auf öffentlichem Grund für Film- u. Drehgenehmigungen)		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einrichten einer zentralen Stelle (Filmbüro) zur Beantragung von Sondernutzungen auf öffentlichen Grund (für Film- und Drehgenehmigungen)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Die Dreh- und Filmgenehmigungen sind ein termin- und wetterabhängiges Geschäft, bei dem ein schnelles Reagieren aufgrund sich laufend ändernder Rahmenbedingungen erforderlich ist. Die Dreh- und Filmaufnahmen werden derzeit in einer Einheitssachbearbeitung abgewickelt. Die Einheitssachbearbeitung umfasst auch die Genehmigung von Sondernutzungen im Rahmen von Baumaßnahmen und Veranstaltungen auf öffentlichem Verkehrsgrund.</p> <p>In der zentralen Anlaufstelle für Film- und Drehgenehmigungen soll die Entgegennahme und Bearbeitung der Anträge erfolgen, bei denen der öffentliche Verkehrsraum „bespielt“ wird. Verbunden damit ist eine Beratung der Antragstellerinnen und Antragsteller über die Geeignetheit der Örtlichkeit im Hinblick darauf, welches verkehrliche Ausmaß für Drehaufnahmen an der gewünschten Örtlichkeit überhaupt möglich ist.</p> <p>Jährlich handelt es sich um ca. 1.120 Anträge mit steigender Tendenz auch auf Grund der hohen Fördermittel, die durch den Freistaates Bayern bewilligt werden.</p> <p>Mit der Schaffung einer zentralen Anlaufstelle verbunden mit der notwendigen Ausstattung an personellen Ressourcen wird den speziellen Anforderungen der Filmbranche Rechnung getragen aber auch bei der Bearbeitung von Sondernutzungen im Rahmen von Baumaßnahmen und Veranstaltungen wird insgesamt eine zeitliche Ressource zur Verfügung gestellt, die dazu führen wird, dass auch diese Anträge in einer kürzeren Frist als bisher bearbeitet werden können.</p> <p>Mit der beschriebenen Maßnahme wird insgesamt für verbesserte Rahmenbedingungen gesorgt. erwartete / erreichte Vorteile:</p>		
<input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle <input type="checkbox"/> Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Änderung Verwaltungspraxis; Änderung der Aufbau- und Ablauforganisation; Schaffen der personellen und räumlichen Gegebenheiten (vgl. auch Antrag SPD - München im Film – Nr. 08-14/A 04897, vorgesehen für KVA am 03.03.2015).

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 4:		Nr. 60
Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5539000 Fahrzeugzulassungen	Zulassungsvorgänge Allgemeinschalter	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fahrzeug zulassen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Reduzieren der Anlaufstellen für Händler und Zulassungsdienste		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Händlern und Zulassungsdiensten wird neben der Möglichkeit zur Antragsabgabe über die sogenannten Händlerfächer die Option der persönlichen Vorsprache angeboten. Durch die persönliche Vorsprache erwarten sich Zulassungsdienste eine schnellere Fertigstellung ihrer Unterlagen.</p> <p>Die vorübergehend im Jahr 2014 speziell an Dienstagen praktizierte Vorgehensweise, Zulassungsdienste ausschließlich auf die Abgabe der Unterlagen über die hierfür vorgesehenen Händlerfächer zu verweisen, hat sich bewährt.</p> <p>Hierdurch konnten die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter insgesamt entlastet werden und die Wartezeiten der Kundinnen und Kunden verringerten sich. Die Maßnahme ermöglicht eine effizientere Arbeitsweise für die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter, da der Arbeitsaufwand im Rahmen der persönlichen Kundenbedienung deutlich reduziert wird.</p> <p>Eine Beratungsleistung ist gegenüber den Händlern und Zulassungsdiensten in der Regel nicht notwendig.</p> <p>Es ist geplant, die beschriebene organisatorische Maßnahme dauerhaft zu realisieren.</p> <p>Von der Optimierungsmaßnahme sind jährlich etwa 200.000 Zulassungsvorgänge betroffen.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle <input type="checkbox"/> Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Änderung der Verwaltungspraxis, Erarbeiten eines Konzeptes durch die Fachdienststelle.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 4: Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		Nr. 61
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5539000 Fahrzeugzulassung	Zulassungsvorgänge Allgemeinschalter Zulassungsvorgänge Händlerschalter Abmeldungen Versicherungsvorgänge Umweltzone	
5531000 Fahrerlaubnis	Ausstellung von Führerscheinen Maßnahmen Verkehrssicherheit Fahrerlaubnis Entzüge	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fahrzeuge verwalten Fahrerlaubnisse verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Erneuern der Aufrufanlage		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Eine Erweiterung und Optimierung der alten Aufrufanlage, die die Fahrzeugzulassungs- und Führerscheinebereiche sowie den Exportschalter und die Umweltzone bedient hatte, war nicht mehr möglich.</p> <p>Im Rahmen des Vorhabens „Terminvereinbarung“ wurde für die Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde eine geeignete Aufrufanlage pilotiert, um die Steuerung der Kundenströme zu optimieren bzw. um einen kombinierten Aufruf von Kundinnen und Kunden mit Termin und ohne Termin zu ermöglichen.</p> <p>Nach Umsetzung der Maßnahme ist eine moderne softwaregesteuerte Aufrufanlage in Betrieb, mit der auch die Terminvereinbarung realisiert werden kann. Durch die Terminbewirtschaftung kann der Parteiverkehr mit dem Ziel einer gleichmäßigen Kundenverteilung und der Vermeidung von Arbeitsspitzen effizienter gesteuert werden (→ Maßnahme Nr. 62 Einführen der Online-Terminvereinbarung).</p> <p>Die Optimierungsmaßnahme wirkt sich auf jährlich etwa 180.000 Kunden/-innen der Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde aus.</p> <p>Des Weiteren können über die Bildschirme der Aufrufanlage auch aktuelle Informationen (bspw. zu aktuellen Wartezeiten) bekannt gegeben werden (→ Maßnahme Nr. 63 Bereitstellen von Informationen über Wartezeiten).</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

erwartete / erreichte Vorteile:

- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 4:		Nr. 62
Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5539000 Fahrzeugzulassung	Zulassungsvorgänge Allgemeinschalter Zulassungsvorgänge Händlerschalter Abmeldungen Versicherungsvorgänge Umweltzone	
5531000 Fahrerlaubnis	Ausstellung von Führerscheinen Maßnahmen Verkehrssicherheit Fahrerlaubnis Entzüge	
ggf. Produkte von weiteren Parteiverkehrsbereichen nach erfolgreicher Pilotierung im Bereich der Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde		
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Alle Verwaltungsvorgänge der o.g. Produkte/Produktleistungen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> (Pilotbereich) <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen (sonstige Bereiche)		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einführen einer Online-Terminvereinbarung		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Das Angebot einer Online-Terminvereinbarung bietet Kundinnen und Kunden die Möglichkeit, Termine für Dienstleistungen online zu vereinbaren.</p> <p>Durch die gezielte Terminbewirtschaftung kann der Parteiverkehr mit dem Ziel einer gleichmäßigen Kundenverteilung und der Vermeidung von Arbeitsspitzen gesteuert werden.</p> <p>Parallel sollen Kapazitäten für Kundinnen und Kunden ohne Termin vorgehalten werden.</p> <p>Die Wartezeiten für die Kundinnen und Kunden mit Termin werden vor Ort minimiert, was wiederum zu einer (psychischen) Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen kann, da insgesamt angenehmere Arbeitsbedingungen vorherrschen.</p> <p>Durch die Maßnahme wird eine gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle über den Tag, die Woche und das Jahr erreicht.</p> <p>Die Online-Terminvereinbarung ist in Bereichen mit intensivem Parteiverkehr unmittelbar an die Voraussetzung einer entsprechenden Aufrufanlage geknüpft.</p> <p>Die Online-Terminvereinbarung wird als Pilot in der Fahrzeugzulassungsbehörde eingeführt. Dort</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

liegen mit der Erneuerung der Aufrufanlage (→ Maßnahme Nr. 61 Erneuern Aufrufanlage). die notwendigen technischen Voraussetzungen vor, um das Vorhaben umsetzen zu können. Eine zeitnahe Umsetzung für die anderen Parteiverkehrsbereiche des Kreisverwaltungsreferates (z. B. Bürgerbüro) ist aktuell nicht in Aussicht (→ Maßnahme Nr. 58 Optimieren/Erweitern der Aufrufanlage des Bürgerbüros Ruppertstraße).

Es ist derzeit nicht absehbar, wie viele der jährlich 180.000 vorsprechenden Kundinnen und Kunden die Terminvereinbarung in Anspruch nehmen werden. In anderen Großstädten erfährt das Angebot der Terminvereinbarung eine hohe Akzeptanz, es wird von positive Erfahrungen berichtet. Bei den Planungen wird davon ausgegangen, dass Zulassungsvorgänge künftig zu einem hohen Anteil mittels einer Terminvereinbarung abgewickelt werden.

erwartete / erreichte Vorteile:

- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Um die Maßnahme über die Fahrzeugzulassungs- und Führerscheinbehörde hinaus auch in anderen Bereichen realisieren zu können, ist die flächendeckende Erneuerung der Aufrufanlagen (IT-Vorhaben) erforderlich.

Es sind Softwarelizenzen für die Terminvereinbarungssoftware zu beschaffen.

Ohne eine Bereitstellung bzw. Erhöhung der Ressourcen (dIKA, it@M, Fachdienststelle) ist die Maßnahme nicht umsetzbar, da in jeden Bereich die speziellen Anforderungen erhoben werden müssen.

Vor Umsetzung der Maßnahme sind die Sachkosten zu erheben und die Sachmittel hierfür bereit zu stellen.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 4: Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		Nr. 63
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5539000 Fahrzeugzulassung (Pilotbereich)	Zulassungsvorgänge Allgemeinschalter Zulassungsvorgänge Händlerschalter Abmeldungen Versicherungsvorgänge Umweltzone	
5531000 Fahrerlaubnis (Pilotbereich)	Ausstellen von Führerscheinen Maßnahmen Verkehrssicherheit Fahrerlaubnis Entzüge	
ggf. Produkte von weiteren Parteiverkehrsbereichen nach erfolgreicher Pilotierung im Bereich der Kraftfahrzeugzulassung und Fahrerlaubnisbehörde		
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Alle Verwaltungsvorgänge der o.g. Produktleistungen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bereitstellen der aktuellen Wartezeiten im Internet (Pilotprojekt)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Die jeweils aktuellen bzw. durchschnittlichen Wartezeiten sollen auf der Internetseite des Kreisverwaltungsreferates dargestellt werden. Die Kundinnen und Kunden können sich vor einem geplanten Behördengang informieren und entsprechend planen.</p> <p>Die Veröffentlichung der aktuellen Wartezeiten in den Parteiverkehrsbereichen kann dazu beitragen, dass der Kundenstrom entzerrt und das Besucheraufkommen reguliert wird.</p> <p>Diese Maßnahme geht über das bisherige Informationsangebot im Internet hinaus, da auf die tatsächlichen Wartezeiten abgestellt und nicht nur auf allgemeine Hinweise oder Erfahrungswerte (z. B. hohes Parteiverkehrsaufkommen an Dienstagen oder Brückentagen) verwiesen wird.</p> <p>Die Maßnahme kann für den Bereich der Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde im Rahmen der Erneuerung der Aufrufanlage (→ Maßnahme Nr. 58 Erneuern der Aufrufanlage) als Pilotprojekt realisiert werden.</p> <p>Mit Ausnahme der Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde verfügt jedoch keine weitere Aufrufanlage im Kreisverwaltungsreferat über eine Auswertungsmöglichkeit der durchschnittlichen Warte- und Bedienzeiten. Eine zeitnahe Umsetzung in anderen parteiverkehrsintensiven Bereichen</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

des Kreisverwaltungsreferates (z. B. Bürgerbüro) ist aktuell nicht in Aussicht (→ Maßnahme Nr. 58 Optimieren/Erweitern der Aufrufanlage des Bürgerbüros Ruppertstraße).

erwartete / erreichte Vorteile:

- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Die Maßnahme wird für die Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde im Rahmen des Vorhabens „Einführung Terminvereinbarung“ umgesetzt.

Um die Maßnahme über die Fahrzeugzulassungs- und Fahrerlaubnisbehörde hinaus auch in anderen Bereichen zu realisieren, wäre die flächendeckende Erneuerung aller Aufrufanlagen (IT-Vorhaben) erforderlich.

Dies würde weitere Maßnahmen die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich erfordern.

Sachkosten wären zu erheben und die Sachmittel hierfür bereit zu stellen.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 4: Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		Nr. 64
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5511000 Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten	Fundsachen	
5512000 Gewerberechtliche Angelegenheiten	Gastronomie	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen Paßregister	
	Leistungen Melderegister	
5538000 Verkehrsüberwachung	Überwachung ruhender Verkehr	
	Überwachung fließender Verkehr	
	Erteilung von Parkausweisen/-erleichterungen	
	Zulassungsvorgänge	
5539000 Fahrzeugzulassung	Abmeldungen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Alle Verwaltungsvorgänge zu o.g. Produktnummern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Erhöhen der Netzanbindung in Außenstellen des Kreisverwaltungsreferates		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Die Außenstellen des Kreisverwaltungsreferates sind nicht flächendeckend mit einer adäquaten Netzanbindung ausgestattet. Die Folge sind verlangsamte Arbeitsprozesse, erhöhte Dialogzeiten bei der Anwendung der Fachverfahren, aber auch das grundsätzliche Arbeiten in der EDV wird erschwert (E-Mail-Programm, Internetbrowser etc.).</p> <p>Künftig sollen diejenigen Außenstellen, die über mehr als 10 Arbeitsplätze verfügen, mit einer höheren Bandbreite ausgestattet werden.</p> <p>Dadurch ist der Arbeitsplatz schneller betriebsbereit und leistungsfähiger, die Arbeitsprozesse werden beschleunigt. Zudem sind Aktualisierungen der Systeme einfacher zu planen und realisieren.</p> <p>Für folgende Außenstellen werden die Optimierungsmaßnahme vorgenommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Fundbüro (Oetztalerstraße) • Bürgerbüro (Orleansplatz, Leonrodstraße, Riesenfeldstraße, Forstenrieder Allee) • Verkehrsüberwachung (Pilgersheimerstraße, Reisingerstraße) • Bezirksinspektion Mitte (Tal) • Kraftfahrzeugzulassung und Fahrerlaubnisbehörde – BMW-Außenstelle (Alois-Wolfmüller-Straße) 		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

erwartete / erreichte Vorteile:

- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche
- gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle
- Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Die Maßnahme wurde im KVA am 17.12.2014 behandelt (Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V01793).

Bei einigen Außenstellen werden Aufgrabungen für die Einbringung von Glasfaserleitungen notwendig werden. Die Erhöhung der Netzanbindung muss bei it@M beantragt werden und wird über externe Dienstleister (Telekom) realisiert.